

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig:**
Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 72204

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pf., bei Plaworschrift 40 Pf. Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw. die 10geleit. Kolonelle 40 Pf. bei Plaworschr. 50 Pf. Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweitanstalten und alle Volkskassen entgegen

Der Geist der Rebellion

Gegen die Diktatur in Spanien

III Paris, 25. Juli.

Aus Carcassonne, wo sich die kürzlich verhafteten vier spanischen Anarchisten in Untersuchungshaft befinden, meldet der Sonderberichterstatler des Journal Einzelheiten über die Absichten dieser Personen und ihrer Hintermänner. Hiernach erklärte einer der Verhafteten dem Untersuchungsrichter: Man hatte mir mitgeteilt, daß eine revolutionäre Bewegung zum Sturze des Königs Alfonso von Narbonne ausgehen sollte. Daher bin ich gekommen, um zu sehen, ob man mich braucht. Ein anderer Anarchist, Namens Alfonso Juan, der den Titel „Schahmeister des revolutionären Komitee für die Ostpyrenäen“ führt, sagte aus: Wir haben uns in Narbonne versammelt, um die Weisungen der spanischen Politiker, die unsere Bewegung leiten, entgegenzunehmen. Wir treiben bis auf weiteres Propaganda für Abschaffung des gegenwärtigen Regimes und zur Gründung einer Republik. Wir werden unsere Revolution unbedingte und furchtlos beginnen, sobald wir bereit sein werden. Juan nannte auch den Namen eines spanischen Generals, der den Staatsstreich ausführen werde. Außer den vier Anarchisten ist in den letzten Tagen auch eine Anzahl von Männern, die mit dem Komplott in Verbindung stehen sollen, verhaftet worden.

Der Aufstand in Portugal

SPD Madrid, 24. Juli.

Die in den letzten Tagen zu verzeichnende Rebellion verhältnismäßig großer portugiesischer Truppenteile beschränkte sich nicht auf die portugiesische Hauptstadt. Auch in der Provinz ist es zu größeren und kleineren Aufständen gekommen, die teilweise erst nach schwerem Blutvergießen niedergeschlagen werden konnten. In Lissabon beträgt die Zahl der Toten allein 10. Außerdem werden mehr als 30 Verwundete gemeldet. Einer der Hauptführer des Aufstandes entkam im Flugzeug nach Spanien.

Politischer Streik in Argentinien

III Buenos Aires, 24. Juli.

Die La Prensa meldet: Durch den Tod des gewählten argentinischen Vizepräsidenten Francisco Heiro, der am 12. Oktober zusammen mit Dr. Frigonen die Regierung antreten sollte, haben die Streiks, die schon seit einiger Zeit in verschiedenen Städten ausgebrochen sind, eine Verschärfung erfahren. Besonders ernst ist die Lage in Rosario, wo die Telefon- und Telegraphenlinien unterbrochen wurden und Schwierigkeiten in der Gas- und Elektrizitätsversorgung eintraten.

Der Ausschluß Lambachs

Umschichtungen im Lager der Bourgeoisie

Die Zentralinstanzen der Deutschnationalen Partei hatten die endgültige Entscheidung über den Fall Lambach abgelehnt. Freilich nicht, ohne daß es dabei zu schroffen Machtkämpfen gekommen wäre, in deren Verlauf sich Graf Westarp zweimal gezwungen sah, den Vorsitz niederzulegen. Nur dadurch konnte der drohende Zerfall der Deutschnationalen Partei in drei Sondergruppen aufgehalten werden, aber die Entscheidung ist nur vertagt und das Urteil im Falle Lambach dürfte den Zerlegungsprozeß beschleunigen. Wider Erwarten hat der Landesverband Potsdam II Lambach aus den Reihen der Deutschnationalen Partei hinausgeworfen. Das Urteil richtet sich aber nicht nur gegen dessen Person, den Vorsitzenden des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Der Ausschluß ist ein Sieg des schwerindustriellen rechten Flügels der Deutschnationalen Partei, und damit dürfte der sich in den wirtschaftlichen Tiefen vollziehende Umschichtungsprozeß nicht nur in der Westarp-Partei, sondern im Lager des gesamten Bürgerturns politisch stärker in Erscheinung treten.

Die Periode der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung hat die ökonomische Basis der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland völlig umgestülpt. Durch den Prozeß der Rationalisierung und der Konzentration der Betriebe hat das Großkapital einen ungeheuren Umfang an Machtzuwachs zu verzeichnen gehabt. Die Kapazität des deutschen Produktionsapparates ist mächtig angewachsen, so daß die Widersprüche zwischen dem Produktionsapparat und den Absatzmöglichkeiten immer krasser werden. Darum wächst das Problem der Absatzsteigerung von Tag zu Tag. Dies um so mehr, als der gegenwärtige Stand der Konjunktur völlig undurchsichtig ist. Zu allem kommt die Befestigung der gesamten deutschen Wirtschaft durch den Dawes-Vertrag, der wiederum nur erfüllt werden kann, wenn es der Republik möglich ist, durch entsprechende Steigerung der Ausfuhr die Reparationslasten zu begleichen.

Damit ergibt sich das Zentralproblem: Wie soll der Widerspruch zwischen der Produktionskapazität und den Absatzmöglichkeiten behoben werden. Welche Gesellschaftsklassen sollen die Kosten für die Steigerung der Ausfuhr tragen. Daß die Arbeiterklasse diejenige ist, die in erster Linie herangezogen werden muß, ist für die Kreise des gesamten Bürgerturns eine Selbstverständlichkeit. Inwieweit diese Uebertragung möglich ist, ergibt sich aus der Stärke der proletarischen Organisationen und ihrem Willen zum Kampf. Indes diese Probleme wachsen von Tag zu Tag ins riesenhafte, so daß auch die Auseinandersetzungen im Lager des Bürgerturns immer stärker von diesen Kämpfen widerhallen. Die gesamte Industrie, vor allen Dingen aber das Trustkapital, ist sich darüber klar, daß die notwendige Steigerung der Ausfuhr nur durch die Mithilfe der Konsumenten im Lande gesteigert werden kann. Das ist der tiefere Sinn der Kämpfe um die Neugestaltung des Zolltarifs. Je höher die Zollmauern gesteigert werden, um so größer sind die Möglichkeiten, den Preisausfall, der durch die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erteilt, durch entsprechende Erhöhung der Preise im Inland wettzumachen. Zuletzt gehen alle politischen Machtkämpfe im Gesellschaftsleben der Gegenwart, vor allem auch die in den Reihen des Bürgerturns, auf die Neuverteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts zurück.

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann wie auch sein Parteifreund Herr Curtius haben während der letzten Monate oftmals dargelegt, daß eine Selbstversorgung der Deutschen Republik mit agrarischen Erzeugnissen zur Zeit unmöglich sei. Die deutsche Agrarwirtschaft eigne sich nicht zur Autarkie. Darum Abbau der Zölle auf Agrarprodukte oder Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel, damit die Gesamtkosten für den Produktionsapparat gesenkt werden können, und damit ferner die Industrie stärkere Ausfuhrmöglichkeiten erhält. In diesem Sinne interpretiert die deutsche Industrie die Beschlüsse der Genfer Wirtschaftskonferenz. Sie ist bereit, Zollerhöhen für Agrarprodukte zuzustimmen; sie wird sich aber immer weigern, dasselbe Mittel auch auf die Gestaltung der wichtigsten Industriezölle anzuwenden. Niedrige Zölle bedeuten sinkende Preise, und damit für die betroffenen Wirtschaftskreise geringeren Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt.

Dieser Kampf um die Neuverteilung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts spiegelt sich in allen Parteien wider und kein Wunder, daß darum im Lager des Bürgerturns gewisse soziale „Querverbindungen“ in Erscheinung treten. Der nunmehr ausgeschlossene deutschnationale Abgeordnete Lambach hat bereits vor länger als Jahresfrist, am 13. Januar 1927, auf diesen Entwicklungsprozeß hingewiesen. Er zeigte die Machtposition der proletarischen Schichten im parlamentarischen Staate auf. Wenn erst einmal die 70 Prozent Arbeiter, Angestellte und untere Beamte ihre Macht erkennen würden, so bedeutete er, dann wäre es aus mit der Herrschaft des Bürgerturns, und mit der Herrschaft des Agrarkapitals und der Großindustrie im besonderen. Der Zwang der Verhältnisse hat denn im Laufe der Monate des öfteren gezeigt, daß die „Arbeiter“-Abgeordneten der Volkspartei und der Deutsch-

Lambach ausgeschlossen

III Berlin, 24. Juli.

Vom Landesverband Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei wird folgende Entscheidung in Sachen Lambach mitgeteilt: „Das Parteimitglied, Herr Walter Lambach, M. d. R., hat unter bewusster Ausschaltung der zuständigen Parteinstanzen Vorstöße gegen die programmatischen Grundzüge der DNVP und Auseinandersetzungen mit einem Fraktionskollegen in verletzender Form durch die Presse in die Öffentlichkeit gebracht. Er hat sich dadurch im Sinne des Paragraphen 17 der Parteisatzung schwerster Verletzung der Parteizucht und starker Schädigung des Ansehens der Partei schuldig gemacht. Er wird deshalb durch einstimmigen Beschluß des Landesverbandes aus der Partei ausgeschlossen. Gegen diesen Beschluß steht dem Ausgeschlossenen innerhalb vier Wochen die Berufung an das Parteigericht zu.“

Wie die III auf Anfrage bei dem Abgeordneten Lambach erfährt, wird Lambach gegen den Spruch des Landesverbandes Berufung bei dem Parteigericht einlegen.

Zum Ausschluß Lambachs aus der DNVP äußern sich bisher nur wenige Blätter. Die Deutsche Zeitung erklärt, das Urteil stelle nur eine Selbstverständlichkeit dar, an der auch die wahrscheinlich erfolgende Berufung Lambachs kaum etwas ändern können. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung hält das Parteigericht für einen schweren Fehler. Dieser Beschluß, so schreibt das Blatt, befähigt die schlimmsten Befürchtungen. Die Folgen dieser kurzfristigen Entscheidung für die DNVP sind unabsehbar. Drohend erhebt sich über der Parteiführung, die eine geschickte Hand noch hätte bändigen können, jetzt die Gefahr der Parteipaltung. — Ähnlich äußert sich die Germania: Allen Warnungen, die aus eigenen Parteikreisen kamen, zum Trotz hat das deutschnationale Parteigericht das Verdict über Walter Lambach ausgesprochen. Hugenberg, der mächtige Finanzmagnat, hat gestiftet, und der Parteigeist hat die Verurteilung überwunden. Walter Lambach ist zum Märtyrer seiner Ueberzeugung gestempelt worden. Wir glauben nicht, daß der Beschluß die Ruhe wieder herstellt, sondern daß jetzt diejenigen sprechen werden, die in den Anschauungen Lambachs stehen. Und es sollen ihrer nicht wenige sein. Der Beschluß beweist, daß die Deutschnationalen die Zeichen der Zeit immer noch nicht verstanden haben.

Die bayerische Koalition

SPD München, 24. Juli.

Die Landtagsfraktion des Bayerischen Bauernbundes hat am Dienstagabend nach mehrstündiger Beratung den Beschluß gefaßt, dem Vorschlag der Bayerischen Volkspartei auf Einrichtung eines politischen Staatssekretariats in dem neu zu schaffenden „Ministerium für Landwirtschaft und Arbeit“ keinen weiteren Widerstand entgegenzusetzen. Die Voraussetzung für dieses Einverständnis erblickt der Bauernbund allerdings darin, daß die Tätigkeit des der Bayerischen Volkspartei entnommenen Staatssekretärs Oswald, der bisher Sozialminister gewesen ist, sich ausschließlich auf die „Abteilung Arbeit“ im neuen Ministerium beschränkt. Die Stellvertretung des Ministers in allen übrigen Abteilungen des Ministeriums, also vor allem in allen landwirtschaftlichen Fragen, soll Minister Fehr nach eigenem Gutdünken regeln.

Es ist nunmehr wohl mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Bürgerblockkoalition held auf Kosten der Arbeiterchaft zustande kommt.

Der Nachfolger von Kameles

III Berlin, 24. Juli.

Als Nachfolger des Leiters der I. (Verfassungs-) Abteilung im Reichsministerium des Innern, Herrn Ministerialdirektors von Kameles, wird der Ministerialrat im Preussischen Innenministerium, Hans Simons, genannt, der Sohn des Reichsgerichtspräsidenten. Nach Angabe von Freunden Simons sei er seiner Ernennung bereits seit einiger Zeit sicher.

Simons ist augenblicklich wieder Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, nachdem er, nach dem Umsturz von 1918 bei ihr eingetreten, sie wieder verlassen hatte, um Reichstagsabgeordneter der neugegründeten und inzwischen wieder eingegangenen Republikanischen Partei zu werden.

Der mexikanische Arbeiterführer Morones



der von den reaktionären Bauern zum Rücktritt als Arbeitsminister gezwungen wurde